

VORSTUF

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Gewerkschaften machen mobil

Breacht die Macht des Kapitals! Kämpft mit in der DGB-Aktionswoche

Der DGB ruft zu einer Aktionswoche für den 14. bis 19. Oktober auf: gegen Arbeitslosigkeit, Abbau von Sozialstaat und Arbeitnehmerrechten. Die Rechtsregierung bezeichnet sich selbst als „die erfolgreichste Regierung der Welt“ (Orignakon Kohl). Von welchen Erfolgen spricht er? Meint er die Rekord-Arbeitslosigkeit von 3,5 Mio. Arbeitslosen? Oder die 240.000 Sozialhilfeempfänger? Oder die 290.000 Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz? Ihre Bilanz weist bisher nur einen Aktivposten auf: Umverteilung zugunsten der Reichen!



Besonders betroffen sind diejenigen, die bisher schon nicht verwöhnt wurden: Rentner (Kürzungen der Renten um 8%), Familien mit Kindern (Mutterschaftsgeld —32%), Schwerbehinderte und viele andere. Vor allem für Jugendliche steht die Zukunft immer trostloser aus: die Arbeitslosigkeit steigt weiter, das Arbeitslosengeld wurde um 25% gemindert und auch das Baifög blieb vom Kahlschlag nicht verschont.

Unternehmer-Regierung

Und wo bleiben die Gelder? Ganz einfach, die Unternehmer erhalten fast 24 Milliarden Steuerergänzen, der Rüstungshaushalt beträgt 1985 60 Milliarden und die Spitzenverdiener zahlen weniger Steuern.

Und jetzt wird die Säge bei den Rechten der Arbeitnehmer angezogen: das Betriebsverfassungsgesetz soll geändert werden. Minderheiten wie die Leitenden Angestellten sollen mehr, die Masse der Arbeitnehmer weniger Rechte kriegen. Nein, wir können nur eine Ant-

wort geben: Diese Regierung muß wegi! Schluß mit der Politik fürs Kapital!

Als die sozialliberale Koalition 1981/82 in den „letzten Zügen“ lag, organisierte der DGB große Demonstrationen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Damals ließ sich nur erahnen, was unter einer CDU-Regierung auf die Arbeiter und Angestellten zukommt: hatte die SPD/FDP-Regierung mit dem Taschenmesser am Sozialstaat gekratzt, so schlägt die CDU mit der Axt um sich.

Wir rufen wir alle Leser auf: Beilegt Euch an der bundesweiten Aktionswoche des DGB. Geht zu den Kundgebungen und Veranstaltungen. Protestiert gegen Kohl und Kapital! Organisiert euch und werdet aktiv in der SPD und den Gewerkschaften! Sorgt für eine sozialistische und kämpferische Politik dieser Organisationen!

Hans Blunck, Stuttgart
Jungsozialist

GSU: Sofort-Tricks gegen Arbeitslosigkeit

Die nächsten Wahlen kann nur gewinnen, wer etwas gegen die Arbeitslosigkeit tut — diese Erkenntnis hat sich in weiten CDU-Kreisen inzwischen durchgesetzt.

Die Frage bleibt: Wie? Denn das etierne Prinzip der bürgerlichen Parteien, daß die Gewinne der Unternehmer nicht angekratzt werden, sondern im Gegenteil, wachsen müssen, bleibt unangestastet.

Da hat der stellvertretende GSU-Generalsekretär Held die Idee: Anders wir doch einfach die Statistik! Die Idee ist nicht neu, aber wirkungsvoll. Neben der Anregung, doch die „Arbeits-Unwilligen“ aus der Statistik zu entfernen, schlug er vor, nur noch die „arbeitslosen Hauptverdiener“ zu erfassen.

Wenn man dann zusätzlich nur noch die zählt, die Anrecht auf volles Arbeitslosengeld haben, wäre das Ziel fast erreicht: Wir hätten nur noch ca. 750.000 Arbeitslose! Dann braucht man nur noch die Bedingungen für den Erhalt von Unterstützung zu verschärfen, und schon hat man keine Arbeitslosen mehr.

Aber, meine Herren, das lassen wir nicht mit uns machen! Die über vier Millionen Menschen, die tatsächlich keine Arbeit finden, leben unter uns! Ob man sie zählt oder nicht: Sie und ihre Familien spüren am eigenen Leib, was die Bundesregierung für den kleinen Mann tut.

Barbara Kirschbaum, Köln
Jungsozialistin

Für sofortige Neuwahlen

SPD muß Kampagnen organisieren/ Signale durch DGB-Demo im Herbst

siehe Artikel Rückseite



VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie
 Überregionale marxistische Zeitung
 für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaft
 Erscheint im zwölften Jahrgang
 Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
 Telefon 0221/ 13 45 04
 Bankverbindung: Pscha Essen, Konto Nr. 2500 59-430
 Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
 Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öffinger
 Druck: Farbo-Druck, Bischoffsweg 48-50, 5000 Köln

Südafrika in Aufruhr

Die Lage in Südafrika wird immer explosiver. Die Kämpfe der Schwarzen gegen das rassistische Apartheid-Regime von Premierminister Pieter Botha spitzen sich zu. Das merken jetzt auch die Mulis und das internationale Kapital. Nachdem sie durch die Rassenrennungspolitik jahrzehntelang traumhafte Profite einfahren konnten, entdecken nun Konzerne wie z.B. Coca Cola ihr Herz für die schwarzen Arbeiter und „boykottieren“ das Apartheid-Regime. Der Grund dafür sind natürlich weniger moralische Bedenken als vielmehr die Furcht, durch eine nicht mehr aufzuhaltende schwarze Revolution alles zu verlieren.

Durch ihren „Boykott“ wollen sie (und ihre Handlanger in den Regierungen der kapitalistischen Welt) Botha zu einigen Reformen und Zugeständnissen an die Schwarzen bewegen. Auf diese Weise hoffen sie, den revolutionären Druck von unten abzufangen. Auch die südafrikanischen Kapitalisten selbst fordern inzwischen Reformen — angesichts einer ständig wachsenden schwarzen Gewerkschaftsbewegung.

Doch so sehr das Regime Botha es vielleicht anstrebt: Für grundlegende Reformen besteht kaum ein Handlungsspielraum. Die Herrschenden sind heute Gefangen ihrer gestrigen Politik:

— Der Kapitalismus hat in Südafrika keine andere Basis als die Sklavenarbeit der Schwarzen, denn nur so konnte er mit den entwickelten kapitalistischen Ländern konkurrieren. Kapitalismus und Apartheid sind untrennbar verbunden.

— Zur Absicherung der Herrschaft über 26 Millionen Schwarze und Farbige wurde die weiße Mittelschicht sowie die weiße Arbeiterklasse besonders privilegiert. Die Ideologie und Propaganda einer weißen Herrenrasse schlägt heute auf die Herrschenden zurück: Die Weißen widersetzen sich erbittert jeglichen Reformversuchen.

Sozialismus oder Rassenkrieg

Dies ist der tiefere Grund für das Schwanken des Apartheid-Regimes zwischen kleinen Zugeständnissen und brutaler Unterdrückung. Es ist ein Zeichen von Ausweglosigkeit, Schwäche und Panik, wenn die Herrschenden gleichzeitig Schwarze erschließen und am selben Tag nichtssagende Reformen ankündigen.

Kampf gegen Apartheid umfaßt auch Kampf gegen den Kapitalismus. Daher spielt die Bewegung der schwarzen, nicht-rassistischen Gewerkschaftsorganisation eine zentrale Rolle: Jahrzehntelange Guerillakritik hat das Regime nicht ansatzweise so erschüttern vermocht wie der erste Ansturm dieser noch jungen Gewerkschaftsbewegung, die den kapitalistischen Nerv des Systems getroffen hat.

Die sich zuspitzende Wirtschaftskrise bedroht zunehmend auch die privilegierte weiße Arbeiterklasse. Auch sie ist inzwischen von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihr Lebensstandard sinkt von Jahr zu Jahr. Aus Furcht vor einer schwarzen Mehrheitserrschaft, in der sie dann die Unterdrückten wären, wenden sich die Weißen zur Zeit überwiegend der Reaktion zu, obwohl einige sich auch den nicht-rassistischen, überwiegend schwarzen Gewerkschaften anschlossen haben.

Jetzt ist es unbedingt nötig, die weiße Arbeiterklasse dem Einfluß der Reaktionen zu entziehen. Dies ist nur möglich durch das Aufzeigen der Perspektive eines sozialistischen Südafrika, in dem Arbeiter aller Hautfarben gemeinsam demokratisch die Wirtschaft und die Gesellschaft leiten. Die Alternative in Südafrika lautet heute: entweder Sozialismus oder blutiger Rassenkrieg.

Bei den jetzigen Unruhen sehen wir beide Möglichkeiten aufstrecken: Den Kampf der schwarzen Gewerkschaften und der Oppositionsbewegung UDF als Keim des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft einerseits und andererseits die Ausschreitungen zwischen Schwarzen und Indern, die die Gefahr von Kämpfen entlang der Rassenlinien bergen.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung muß alles dafür tun, daß die erste, die sozialistische Lösung möglich wird. Die DGB-Gewerkschaften haben hier eine besondere Verantwortung, die südafrikanischen Arbeiter zu unterstützen, weil bundesdeutsche Kapitalisten eng mit südafrikanischen zusammenarbeiten, oft sogar identisch sind. Und: die BRD ist der wichtigste Handelspartner Südafrikas!

Aktive Solidarität

Viele Einrichtungen und Gruppen, Linke und Gewerkschafter fordern auch energische Boykottmaßnahmen. Dies ist sicher zu unterstützen. Besonders effektiv kann ein Boykott (zum Beispiel von Waren) in Verbindung mit der südafrikanischen Arbeiterbewegung sein. So boykottiert die südafrikanische Bergarbeitergewerkschaft NUM zur Zeit Läden der Weißen. Diese Arbeitergewerkschaft im Lande ist den Kapitalisten inzwischen ein besonderer Dorn im Auge, denn der profitable Goldbergbau ist das wirtschaftliche Rückrat des Landes.

Deshalb haben Arbeitskämpfe dieser Branche eine zentrale Bedeutung und sollten sofort direkt unterstützt werden. Direkte Kontakte und Verbindungen, so zum Beispiel die „Adoption“ von Gewerkschaftsgruppen in südafrikanischen Betrieben und Zeichen durch hiesige Belegschaften, ähnlich wie zur Unterstützung des britischen Bergarbeiterstreiks geschehen, sind eine große moralische und materielle Hilfe für die junge schwarze Gewerkschaftsbewegung.

Bei Redaktionsanschluß stand noch nicht fest, ob und wie lange es einen Arbeitskampf im Bergbau geben wird. Wir immer die Lage sich auch entwickelt: jeder Gewerkschafter und Sozialist sollte aktive Solidarität üben. Schickt Resolutionen und Geld zur Unterstützung der Bergarbeitergewerkschaft NUM.

KAMPFONDEN

Spendet gegen das System

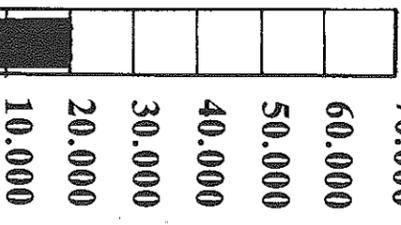
In Edinburg sprang ein 23 Jahre alter Arbeitsloser von einer Brücke und nahm sich so das Leben, das ihm nicht mehr lebenswert erschien. Margret Thatcher hatte seine Arbeitslosenunterstützung von 69,50 Pfund pro Woche auf 25,75 Pfund gekürzt (das sind 101,00 DM). Er konnte sein Zimmer nicht mehr bezahlen und wurde gekündigt. Nachdem er zwei Nächte auf der Straße verbracht hatte, brachte er sich um, weil er für sich keine Chance mehr sah.

In einem Wald bei Aachen versuchten vier Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren, sich das Leben zu nehmen. Dreien gelang es, einer wurde getötet. Ob er darüber glücklich ist? Seiner Mutter sagte er jedenfalls, er würde es noch einmal versuchen. Motiv: Tiefe Depressionen und Hoffnungslosigkeit. Diese jungen Menschen sahen für sich keine

Möglichkeiten, in diesem Staat zu leben.

Zwei Fälle, die Schlagzeilen gemacht haben. Wieviele hält nur noch ein kleines bißchen Hoffnung von diesem Schritt ab? Kann man in diesem kapitalistischen System überhaupt noch Hoffnung haben? Man kann. Hoffnung auf eine Änderung und Überwindung der Depression durch Kampf für ein sozialistisches Programm.

VORAN tritt für ein sozialistisches Programm, für eine kämpferische Führung in SPD und DGB ein. Wir wollen die Jugendlichen in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung organisieren, ihnen eine sozialistische Perspektive aufzeigen und so ihrem Leben wieder einen Sinn geben. Helft uns dabei. Je größer Auflage und Bekanntheitsgang unserer Zeitung, je mehr Jugendliche können wir erreichen. Jede Spende ist dazu ein Beitrag.



Spendenkonto
VORAN
 Pscha Essen
 2500 59-430

Bis Ende August erreichten uns DM 19.460,83 DM. Bis zu unserem Jahresziel ist noch ein erheblicher Endspurt nötig!

Weinskandal

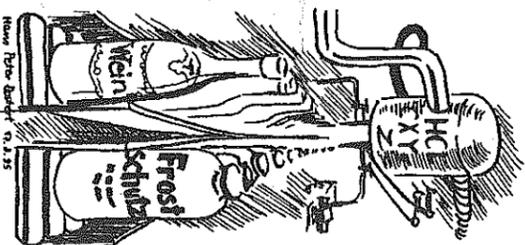
Enteignet die Panscher

Daß man mit unserer Gesundheit nicht gerade zimperlich umgeht, ist im Zeitalter von Waldsterben und Umweltskandalen nichts Neues. Daß dies aber nicht nur nebenbei, gewissermaßen als Nebenwirkung der kapitalistischen Produktionsweise geschieht, sondern daß wir bewußt vergiftet werden — das ist dem doch eine Steigerung.

Der Weinskandal hat kurz den Vorhang vor den Geheimnissen und Strukturen des Weinbaus und Weinhandels gelüftet, nicht nur des österreichischen. Da tüfteln Lebensmittelchemiker aus, wie man die „Qualitätsstufen“ des Weins mit Chemie anteiben kann, ohne daß es auffällt. Bei Beschlagnahme durch die österreichische Polizei wurden sogar Rezepturen für die Herstellung von Kunstwein gefunden.

Aber der erstaunte Verbraucher erfährt auch, was deutschem Wein — mal abgesehen vom Frostschutz — so alles zugesetzt wird. Zum Beispiel rund 400 Milligramm schwefeliger Säure pro Liter zur Haltbarmachung. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hält maximal 20 Milligramm pro Tag für unbedenklich.

Eine Kontrolle von außen ist nicht möglich und wird auch von der Weinlobby unterbunden, die offenbar beste Kontakte zu den Ministern pflegt. Wie sonst ist es zu erklären, daß sämtliche Ministerien (in Österreich, Rheinland-Pfalz und Bonn) zunächst versuchen, den Skandal unter der Decke zu halten und auch jetzt nicht mal eine Verschärfung der Vorschriften, sondern lediglich die volle „Ausschöpfung“ der bestehenden Kontrollen vorgeschlagen ist? Und — wie schon beim Katalysator gehabt — vertritt die Bundesregierung uns darauf, in der EG einen Vorstoß für neue Vorschriften zu



planen.

Hier besteht offenbar, besonders in den betreffenden Ländern, ein dichter Flitz zwischen Weingroßhandel und Staat. Der rheinland-pfälzische SPD-Oppositionsführer Scharping legte in einer Fernsehdebatte vor, wonach 53% der rheinland-pfälzischen Subventionszahlungen an die Weinindustrie an sieben große Weinbfillereien gingen. Insbesondere die Firma Pietsch, das größte europäische Weinhaus, das der Familie des Berliner CDU-Abgeordneten Elmar Pietsch gehört, scheint

Staudamm-Bruch

Arbeiterkontrolle lebensnotwendig

Einen Damm alle drei Monate zu kontrollieren ist schon ein ungeheurer Leichtsin. Aus der Geschichte der Küsten weiß man, daß trotz ständiger Kontrollen Dämme brechen können. Großes Unglück ist dann die Folge.

Im Stava-Ial in den Dolomiten soll der Damm, der die Klärfbecken voller Schlamm von den Bewohnern und Feriengästen trennt, nur alle Vierteljahr kontrolliert werden. Aber: Seit Oktober 1984 geschah hier gar nichts. Keine einzige Kontrolle. Im Gegenteil: die Klärfbecken wurden noch nachts heimlich vergrößert. So wurde der Druck auf den Damm noch größer. Die Folge war: Er brach. 330 Tote, un-sägliches Leid.

Nun suchte man nach der Katastrophe die Schuldigen. Und was kam da zutage? Das in den 70er Jahren

sich gut beim Staat bedient zu haben.

Von solchen großen Abfüllereien sind wiederum tausende kleiner Winzer abhängig, denen die Abnehmerpreise diktiert werden. Auch im Weinbau gilt also: Monopolisierung und Konzentration, Abhängigkeit kleiner Familienbetriebe von den Großen, enge Verflechtung der Großen mit dem Staatsapparat.

Eine Kontrolle über die Qualität des Weines ist daher wohl kaum durch amtliche Prüfnummern gegeben, sondern nur von innen her möglich. Mit gewissenlosen Geschäftsmachern, die durch diese Verhältnisse mit unserer Gesundheit spielen können, muß gründlich aufgeräumt werden. Darum ist zu fordern:

— Enteignung der großen Weinanbaubetriebe und -abfüllereien und Überführung in Gemeineigentum

— Keine profitorientierte, sondern bedarfsorientierte Produktion.

— Demokratische Kontrolle der Produktion durch die Beschäftigten in Zusammenarbeit mit kleinen Weinbauern und Verbrauchern. Die Kellermeister und Angestellten müssen sich nicht durch Panschen, sondern durch strikte Qualitätskontrollen profilieren können.

— Verpflichtung zur vollständigen Angabe aller Inhaltsstoffe und des genauen Herkunftsgebietes auf dem Etikett.

— Start Überproduktion mit anschließender Vernichtung von Wein: Planung der Produktion auf europäischer Ebene.

Angela Bankert, Köln
 JungsozialistIn

VORAN-Broschüre Arbeit und Umwelt

- Arbeit durch Umweltschutz!
- Die Giftproduktion stoppt!
- Die Giftstoffe besitzig!
- Für neue Produktionsweisen!
- Weltweite sozialistische Demokratie!

Bestellen bei:
 Redaktion VORAN
 Hansaring 4
 5 Köln 1
 Preis 2,00 DM

SPD-Mitglied
 Dorothea Kirschsbaum, Köln

Frauen für Sozialismus

Jahrzehnt der Frau vorbei

Frauenfragen - Klassenfragen

In vielen Ländern beschränkt sich der Arbeitsbereich der Frau hauptsächlich auf das Haus, natürlich unterschiedlich. In manchen Ländern muß die Frau nebenbei für einen Minimallohn auf dem Feld oder in einer Fabrik arbeiten, um die Familie mitzernähren.

Viele der Frauengruppen, die in den letzten zehn Jahren wie Pilze aus dem Boden schossen, haben die speziellen Probleme der Frauen erkannt gemacht und untersucht. Doch an der eigentlichen Ursache gehen sie vorbei: Für sie besteht der Hauptgegensatz zwischen Mann und Frau; wenn nur Frauen in dieser Position wie die Männer versetzt würden, werde sich alles zum Besseren wenden.

Eigentlich mußte so manche Regierungschefin (Golda Meir, Indira Gandhi, Maggie Thatcher — alle drei haben Kriege geführt und ihr Volk nicht eben mit Samthandschuhen angefaßt) sämtliche Illusionen in eine friedfertige Welt, wenn sie nur von Frauen regiert würde, zerstört haben.

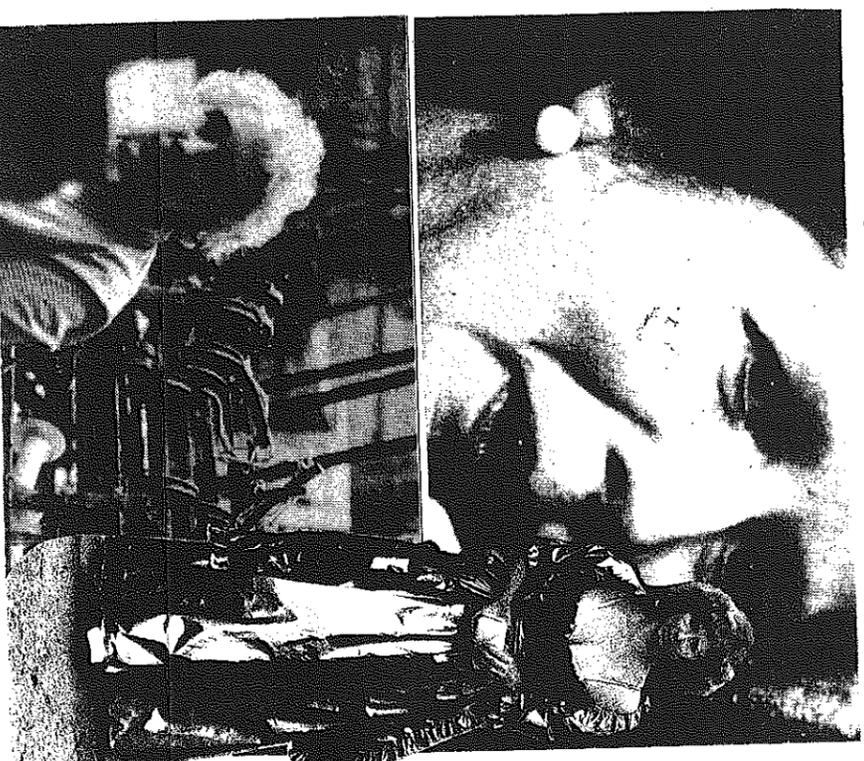
Aber auch in anderen Bereichen kann die einfache Forderung nach Gleichstellung nicht das letzte Wort sein. Natürlich haben Frauen besondere Probleme, werden sie doppelt unterdrückt: Deshalb treten wir ein für:

- ▶ Gleiches Recht auf eine freie wählbare, qualifizierte Ausbildung für

- ▶ alle
- ▶ Einen garantierten Ausbildungsplatz (bzw. Arbeitsplatz) für alle
- ▶ Abschaffung der Leihlohngruppen; gleicher Lohn für gleiche Arbeit; einen Mindestlohn für beide Geschlechter von 1500,-DM netto; Rentengleichheit bei Witwen und Witwern
- ▶ Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend dem technischen Fortschritt durch gleichmäßige Verteilung der Arbeit auf beide Geschlechter
- ▶ Genügend kostenlose staatliche Kindergärten samt dem erforderlichen qualifizierten Personal
- ▶ Billige kommunale Restaurants und Wäschereien von guter Qualität, um die Frau von Haushaltsroutinen und -plackerei zu befreien
- ▶ Weg mit dem § 218! Kostenlose Familienplanung und Abtreibung auf Wunsch
- ▶ Jede Frau, die ihr Kind bekommen möchte, muß materielle dementsprechende Absicherung haben
- ▶ Wahlweise für Vater oder Mutter ein arbeitsfreies „Babyjahr“ bei voller Lohnfortzahlung
- ▶ Abschaffung von Akkord- und Fließbandarbeit für beide Geschlechter

Der große Unterdrücker und Ausbeuter der Frauen ist nicht der Mann, der Arbeiter, sondern der Kapitalist. Nicht der einfache Arbeiter will, daß die Frauen weniger ver-

Vor zehn Jahren wurde von der UNO das Jahrzehnt der Frauen ausgerufen. Gleichberechtigung der Frauen sollten angestrebt werden. Doch viel geändert hat sich bis heute nicht. Auf dem Arbeitsmarkt sind Frauen und Mädchen durch die hohe Arbeitslosigkeit mehr betroffen als ihre männlichen Kollegen. Obwohl sie weltweit 30% der offiziell registrierten Arbeitskräfte darstellen, erhalten sie nur 10% des Weltinkommens. In der BRD sind 38% aller Erwerbstätigen Frauen. Allerdings werden sie für gleiche Arbeit nicht gleich bezahlt. Ein Industriearbeiter verdient durchschnittlich 16,79 DM brutto pro Stunde, eine Arbeiterin nur 12,18 DM.



dienen als er, sondern der Kapitalist spielt Mann und Frau gegeneinander aus. Wir müssen ganz klar sehen, daß die Frauenfragen in der heutigen Gesellschaftsform nicht gelöst werden können. Daher sollten wir die Frauenfragen nicht als abgeteiltes Problem sehen. Selbst wenn die Gleichheit von arbeitenden Männern und Frauen erreicht wäre: Es würde im Kapitalismus doch nur „gleiches Recht auf Ausbeutung“ bedeuten. Also müssen Frauen und Männer, Arbeiter und Arbeiterinnen gemeinsam gegen den Kapitalismus kämpfen. Denn Frauenfragen sind Klassenfragen und können auch nur im Zusammenhang mit dessen gelöst werden. Treten wir dafür ein, daß dem Jahrzehnt der Frau ein Jahrzehnt des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft ohne jegliche Unterdrückung folgt!

Regina Jahnke, Duisburg
Jungsozialistin

Oben: Maggie Thatcher
Mitte: Frau des bayerischen Staatssekretärs Stoiber bei den Salzburger Festspielen
Unten: Arbeiterin in einer Fabrik
Drei Frauen - und nichts gemeinsam.

Bücher

Frau und Sozialismus

Als Sozialist war August Bebel ein Befürworter und Vorkämpfer der Gleichberechtigung der Frau. Der Dreizehnteil (1840-1913) gründete zusammen mit Wilhelm Liebknecht 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

In seinem Buch wendet er sich gegen den „Supermann“, wie sich der Großkapitalist gerne selbst sieht. „Supermänner“ kann es nur geben, wenn der Großteil der Menschen darunter die Frauen, unterdrückt wird.

Im Kapitalismus herrscht eine strenge Hierarchie. Der Großkapitalist übt Druck auf den kleinen Unternehmer aus, der ihn an seine Arbeiter und Angestellten weitergibt. Diese wiederum geben den Druck an ihre Frauen, die Frauen an die Kinder weiter. Die Jungen werden in ihrem beruflichen Werdegang mehr gefördert als die Mädchen, die sich durch ihre schlechte Behandlung oft wie der letzte Dreck vorkommen, an Minderwertigkeitsgefühlen leiden und glauben, sie dürften keine Ansprüche stellen.

Aber weder die Frauen noch die Arbeiter sind minderwertig. Die Frauen waren nicht immer so schwach, wie manche sie gerne haben möchten. Bebel beschreibt, wie sie im Laufe der Geschichte immer mehr zurückgedrängt und entrechtet wurden.

Die Kirche spielte bei der Unterdrückung der Frau keine sehr feine Rolle. Bebel zitiert den heiligen Thomas von Aquin, der zur Verteidigung der Prostitution gesagt hat: „Prostituierte in den Städten gleicht der Kloake



August Bebel: Die Frau und der Sozialismus als Taschenbuch ca. 15 DM

im Palast; schaff die Kloake ab, und der Palast wird ein unteurer und stinkender Ort werden.“

Erbarntungslos entlarvt Bebel die herrschende Klasse. Er zeigt, wie im Kapitalismus durch die Arbeitslosigkeit Verbrechen, Trunksucht und Prostitution entstehen. Auf der anderen Seite werden die Fähigkeiten der Menschen unterdrückt und wissenschaftliche Entdeckungen unter den Tisch gekehrt, weil sie im Moment keinen Profit bringen.

Obwohl das Buch vor über 80 Jahren geschrieben wurde, ist es hochaktuell. Der Lebensstandard ist zwar gestiegen, aber die Machtverhältnisse sind gleich. Bebel sendet einen Aufruf an alle Menschen: „Niemand unterschätze seine Kraft und glaube, daß es auf seine Person nicht ankomme. Für den Kampf um den Fortschritt der Menschheit kann keine Kraft, und sei sie noch so schwach, entbehrt werden. Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt in erster Linie dem Arbeiter und der Frau!“

Hans Peter Dostert, Köln

Fester Frauenanteil in politischen Gremien?

Inhalte gehen vor

Die Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen hat sich in letzter Zeit verstärkt. Die herrschende Klasse will die Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse abwälzen, und die Arbeiterklasse spalten.

Die Interessen der Frauen müssen zu einem festen Bestandteil sozialistischer Politik gemacht werden. Innerhalb der Arbeiterorganisationen müssen hitrgerichte Vorurteile gegenüber Frauen, jede Art von Diskriminierung und frauenfeindlichen Tendenzen bekämpft werden, damit Männer und Frauen sich als gleichberechtigten Teil ein und derselben Bewegung der Befreiung der Arbeiterklasse verstehen.

Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, der SPD und der Jusos, die Frauen für den Kampf gegen das Kapital und seine Regierung zu organisieren. Frauen haben es schwerer, politisch aktiv zu werden. Sie sind als Hausfrauen isoliert von Gesellschaft und Arbeiterbewegung, als Berufstätige meist doppelt belastet.

Wir begrüßen es, daß sich innerhalb der Jungsozialisten und der SPD eine Diskussion um Frauenpolitik entwickelt hat. Die Jusos haben auf ihrem Bundeskongreß 1984 beschlossen, die Frauen stärker in die Parteilarbeit einzubeziehen. Wir unterstützen Maßnahmen wie „Jahres-

berichte zu Situation der Frauenarbeit, Einrichtung von Frauenarbeitskreisen, gezieltes Ansprechen von Genossinnen und verstärkte Bezugnahme auf die speziellen Probleme der Genossinnen, Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten.“

Außerdem wurde beschlossen, „großen Worten Taten folgen zu lassen indem die Frauen ab sofort in allen Gremien mindestens gemäß dem Frauenanteil (30%) beteiligt werden. Plätze, die nicht besetzt werden können, sind zwingend offenzuhalten.“

Diese sogenannte „Quotierung“ beherrscht derzeit bei den Jusos und in der ASF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) die Diskussion.

Dieser Beschluß geht in eine falsche Richtung. Es geht nicht darum, durch einen formalen Beschluß eine stärkere Beteiligung der Frauen zu Diskussion und Stärkung ihres Selbstbewußtseins zu motivieren und zu aktivieren. Dabei ist das Wichtigste, ein Programm zu haben, das die Interessen der Frauen vertritt.

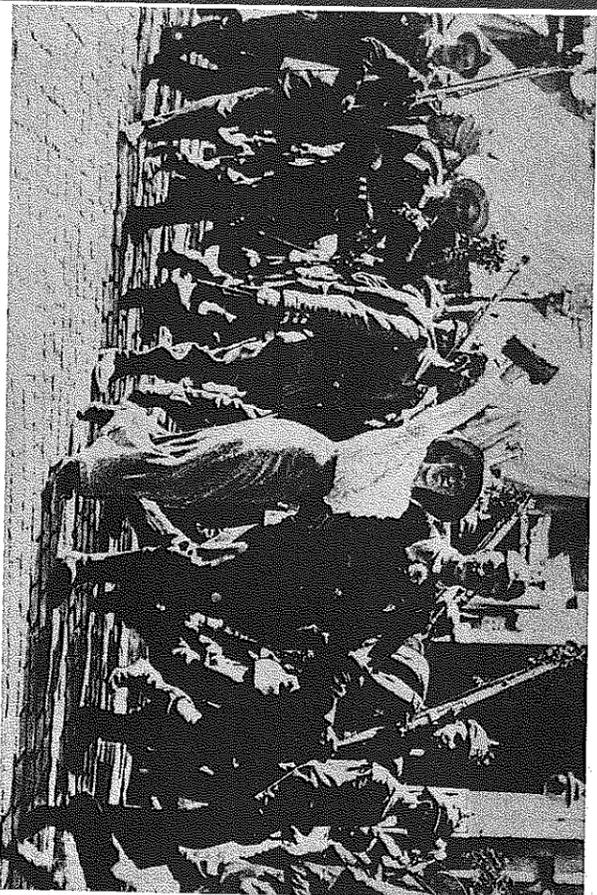
Natürlich muß Frauen in besonderer Weise der Weg gebahnt werden. Darum ist es notwendig, Veranstaltungen und Kampagnen durchzuführen, bei denen Frauen ihre Fähigkeiten einbringen und entwickeln können (Schulungen, Infostände, Demonstrationen organisieren). Damit auch Mütter und Allein-

erziehende Termine wahrnehmen können, halten wir es vor allem für nötig, Babysitter und Kinderbetreuer*innen zu organisieren. Dies ist keine sogenannte „positive Diskriminierung“ (Bevorzugung der Frauen), sondern eine angemessene Beachtung ihrer zusätzlichen Schwierigkeiten, wenn sie sich aktiveren wollen. Für die Besetzung von Parteilagen sollte jedoch nicht das Geschlecht, sondern die inhaltliche Position ausschlaggebend sein.

Mit derselben Begründung könnte man auch eine Quotierung anderer, besonders benachteiligter Schichten einführen: Ausländer, Schwerbehinderte, usw. Dies endet in einer völlig föderalistischen Zusammensetzung der Gremien und Vorstände, in die die Gruppen ihre Vertreter entsenden. Wahlen nach politischen Gesichtspunkten werden schließlich überflüssig.

Die Benachteiligung der Frau in der Gesellschaft und die Unterrepräsentation der Frauen in der SPD kann nicht künstlich durch eine Quotierung gelöst werden. Frauen müssen überzeugt und unterstützt werden, politisch aktiv zu werden, besonders von bereits aktiven Genossinnen und Genossen. Gute Frauenarbeit ist letztlich daran abzulesen, wieviele Frauen dann auf „natürliche Weise“ in den Gremien vertreten sind.

Ursel Beck, Stuttgart
Jungsozialistin



Alles verändert sich: Patriotische Kriegsbegeisterung 1914 — und nur 4 Jahre später deutsche Revolution mit Arbeiter- und Soldatenräten

Leo Trotzki über Dialektik

Marxistisches — Waffenge

Nachdem im März 1983 auch viele Arbeiter CDU gewählt hatten, konnte man oft hören: Der deutsche Arbeiter geht in der Krise immer nach rechts... Herbert Wehner, der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende, prophezeite der SPD mindestens 15 Jahre in der Opposition; und noch im Februar 1985 sagte Johano Strasser, früher Chef-Ideologe der Jungsozialisten, daß es bis Ende dieses Jahrtausends keine SPD-Mehrheit im Bund oder auf Länderebene mehr geben könne.

Wenige Wochen später erreichte Lafontaine die absolute Mehrheit an der Saar, gefolgt von einem historischen Sieg der SPD in NRW (bestes Ergebnis überhaupt mit 52,1% der Stimmen).

Als Frau Thatcher 1983 in England wiedergewählt wurde, herrschte unter vielen Gewerkschafts- und Labour Party-Aktivisten die Meinung vor, die britische Arbeiterklasse sei nicht mehr kampfbereit. Ein halbes Jahr später führten diese Arbeiter den größten Streik der britischen Nachkriegsgeschichte: den ein Jahr andauernden Bergarbeiterstreik.

Auch in Dänemark wurden die meisten Leute von dem Massenstreik im Frühjahr dieses Jahres überrascht.

Die einzigen, deren Einschätzung der Lage in diesen drei Fällen richtig war, waren die marxistischen Strömungen in

diesen Ländern

sondern beruht

für die geschicht

Die Periode,

kriegsaufschwun

durch Weltwirts

scharfe Wendun

ge Methode zu

Verwirrung in d

es aber gerade j

und, daraus folg

und, daraus folg

Deshalb möcht

Trotzkis Buch

der die Method

eine Sammlung

geschrieben wur

Arbeiterklasse

Frankreich, Deu

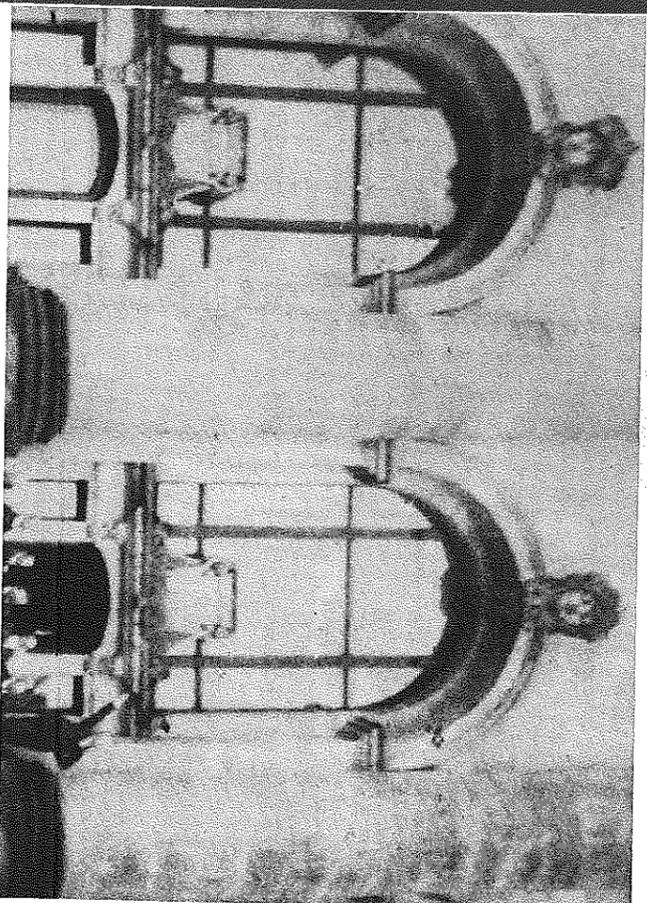
nismus waren z

Pakt zwischen H

machten sich bei

schon Methode

mit dem vorlieg



Ostblockländer

Weder Kapitalismus noch Sozialismus

Für Marxisten ist die Theorie eine Anleitung zum Handeln. Wer etwas verändern will, muß wissen, was, warum und wie verändert werden soll. Trotzki hat darauf hingewiesen, daß es falsch ist, nur zwischen schwarz und weiß zu unterscheiden und die verschiedenen Zwischenstadien im Übergang von schwarz zu weiß und umgekehrt zu übersehen. Und es ist wichtig, diese feinen Unterschiede, die Grautöne, genau zu bestimmen und nicht einfach entweder - oder zu sagen.

Unterdrückung

Eine wichtige Frage für Sozialisten in Deutschland ist die Einschätzung der Ostblockländer. Für die Anhänger der DKP handelt es sich ganz einfach um die "sozialistischen Länder". Manche Arbeiter und Jungendliche sagen aus Enttäuschung über die bürokratische Mißwirtschaft und die Unterdrückung demokratischer Rechte und Freiheiten, daß es sich dort um eine Abart des westlichen kapitalistischen Systems, um eine Art Staatskapitalismus handeln würde. Beide Seiten haben hier in einer Hinsicht unrecht und in anderer Hinsicht unrecht.

Natürlich ist die Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums an Industrie und des Großgrundbesitzes eine entscheidende Voraussetzung für den Sozialismus. Doch auch eine geplante Wirtschaft ist auf Dauer nur dann wirkungsvoll, wenn

die Arbeiter selbst die Kontrolle darüber haben und in einer uneingeschränkten sozialistischen Demokratie ungehindert die politische Macht ausüben. Die Ostblockländer sind Gesellschaften im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, in denen die Diktatur der Bürokratie eine Fessel für die Weiterentwicklung der Errungenschaft der Planwirtschaft ist. Natürlich würden das die Bürokraten selbst ebenso wenig wie ihre Propagandisten in der BRD, die DKP, jemals zugeben. Über die Mißwirtschaft der hochbezahlten Bürokraten in Polen und der daraus folgenden katastrophalen Versorgungslage der polnischen Massen versuchen sie mit Phrasen hinwegzutäuschen.

Solidarische

Die Ausübung der Diktatur ist der Bürokratie allerdings nicht genug: sie will, daß die Arbeiter auch noch Ja dazu sagen. Am 13. Oktober sollen "Wahlen" zum "Parlament" stattfinden. Um den Boykottaufmarsch der Gewerkschaft "Solidarität" zu unterlaufen, wurde der Haushalt der Rundfunk- und Fernsehanstalten um 37% (20 Mio. DM) zur Finanzierung einer Propagandakampagne aufgestockt.

"Die komplexen Bedingungen der gesellschaftspolitischen Lage, in der die diesjährigen Parlamentswahlen stattfindenden, geben Rundfunk und Fernsehen Sonderaufgaben mit be-

sonders großen Schwierigkeitsgraden auf, heißt es in der Begründung. Die "komplexen Bedingungen" sind ein vornehmer Ausdruck für Hunger Not und schlechte Versorgungslage. Weiter heißt es, auf bisherige "Propaganda-Stereotypen" müsse verzichtet werden. Kein Wunder, die Arbeiter wissen, daß das ohnehin Lügen sind. Stattdessen soll "in bezug auf die Maßnahmen der Regierung ein Gefühl der Zufriedenheit und Überzeugung" geschaffen werden. Eine echte Verbesserung der Lebensmittelversorgung und demokratische Rechte wären dazu angetan, "Zufriedenheit und Überzeugung" zu schaffen, aber so soll über die wirkliche Lage hinwegtäuscht werden. Die Jugend soll mit "Discoshows und Popsongs, in denen patriotische und soziale Werte propagiert" werden, zur Urne gebracht werden. Die Gesellschaft solle "mit bescheidenem und vernünftigen Optimismus in die Zukunft schauen".

An anderer Stelle wären die 20 Mio. DM besser verwendet. Doch letztlich kann nur eine politische Revolution, der Übergang zu einer echten sozialistischen Demokratie und der Sturz der herrschenden Bürokratie die Lage verbessern. Mit idealistischer Phrasendrescherei ist noch nie etwas verbessert worden.

Leo Schiffer
SPD-Mitglied

" Die Dialektik ist weder eine Erfindung noch Mystizismus, sondern eine Wissenschaft unserer Denkformen, insofern als sie sich nicht auf die Probleme des täglichen Lebens beschränkt, sondern versucht, die komplizierteren und umfangreicheren Prozesse zu verstehen. Die Dialektik und die formale Logik stehen in ähnlichen Verhältnissen zueinander wie die höhere und die elementare Mathematik.

Ich werde hier das Wesen des Problems in sehr knapper Form zu umreißen versuchen. Die Aristotelische Logik des einfachen Syllogismus! geht von der Behauptung $A=A$ aus. Diese Grundvoraussetzung wird als Axiom für eine Menge praktischer menschlicher Handlungen und einfacher Verallgemeinerungen akzeptiert. Aber in Wirklichkeit ist „A“ nicht gleich „A“. Das läßt sich leicht beweisen, wenn wir diese beiden Buchstaben unter der Lupe betrachten, sie unterscheiden sich ziemlich. Aber, kann man einwenden, es handelt sich nicht um die Größe und Form der Buchstaben, da sie ja nur Symbole für gleiche Quantitäten sind, zum Beispiel für ein Pfund Zucker. Dieser Einwand ist abwegig. In Wirklichkeit ist ein Pfund Zucker niemals gleich einem Pfund Zucker — eine feinere Waage deckt immer einen Unterschied auf. Man kann wieder einwenden: Aber ein Pfund Zucker ist sich selbst gleich.

Ständige Veränderung

Auch das stimmt nicht — alle Körper ändern sich unabhässig in ihrer Größe, ihrem Gewicht, ihrer Farbe usw. Sie sind niemals sich selbst gleich. Ein Sophist³ wird antworten, daß ein Pfund Zucker sich selbst „in einem bestimmten Augenblick“ gleich ist. Abgesehen von dem äußerst zweifelhaften praktischen Wert dieses „Axioms“ hält es auch theoretischer Kritik nicht stand. Wie sollen wir praktisch das Wort „Augenblick“ begreifen? Wenn es ein unendlich kleiner Zeitelement ist, dann ist ein Pfund Zucker während des Verlaufs dieses „Augenblicks“ unvermeidlichen Veränderungen

ausgesetzt. Oder ist dieser „Augenblick“ eine rein mathematische Abstraktion, d.h. ein Nichts an Zeit? Aber alles existiert in der Zeit, und die Existenz selbst ist ein ununterbrochener Prozeß der Verwandlung. Folglich ist die Zeit ein grundlegender Bestandteil der Existenz. Daher bedeutet das Axiom $A=A$, daß ein Ding sich selbst gleich ist, wenn es sich nicht verändert, d.h., wenn es nicht existiert.

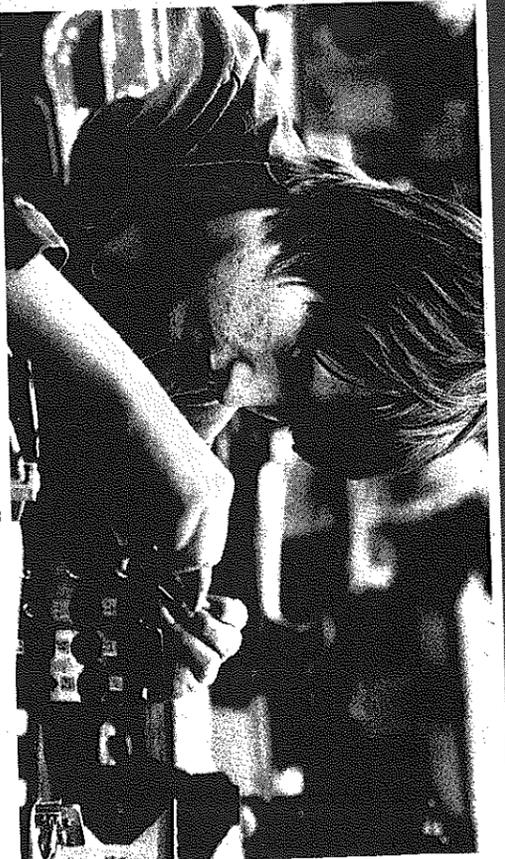
Quantität in Qualität

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, daß diese „Spitzindigkeiten“ nutzlos seien. In der Wirklichkeit sind sie von entscheidender Bedeutung. Das Axiom $A=A$ scheint einersets der Ausgangspunkt für alles unser Wissen, andererseits der Ausgangspunkt für alle Fehler in unserem Wissen zu sein. Man kann das



Der Massenstreik im dänischen „Wohlfahrt“
Nur für Marxisten keine Überraschung

Theorie im Kampf



Dialektik im Arbeiteralltag

Das war weder Zufall noch Zauberei, er Methode, mit der die Perspektiven der Entwicklung ausgearbeitet wurden. In jetzt — nach dreißig Jahren Nachhinein — sind, wird bestimmt sein eingetreten und in deren Gefolge durch plötzliche Wechsel. Ohne die richtige Analyse der Prozesse wird eine heillose Kollision der Menschen stattfinden. Worauf kommt, ist: Klarheit der Perspektiven Klarheit im Handeln!

Im folgenden einen Auszug aus Leo Trozki des "Marxismus" abdrucken, die Dialektik erläutert. Es handelt sich um Briefen und Aufsätzen, die 1939-40 in dieser Zeit hatte die internationale Niederlagen hinter sich (Spanien, China...). Kapitalismus und Sozialismus gestärkt. Nachdem dann noch der Sozialisten Zweifel an der marxistischen Situation versucht Trozki in dieser Situation versucht Trozki Buch Klarheit zu schaffen.



Leo Trotzki wurde am 7. November 1879 geboren. Zeit seines Lebens war er in der revolutionären Bewegung tätig und führte zusammen mit Lenin die Russische Revolution. Nach der bürokratischen Degeneration unter Stalin organisierte er die Linke Opposition, wurde von Stalin verbannt und schließlich am 20.8.1940 von einem Agenten der Sowjetbürokratie in Mexiko im Exil ermordet.

Axiom A=A nur innerhalb gewisser Grenzen ungestraft gebrauchen. Wenn quantitative Veränderungen in „A“ ohne Bedeutung für die bevorstehende Aufgabe sind, können wir annehmen, daß A=A. Auf diese Weise, zum Beispiel, betrachten Käufer und Verkäufer ein Pfund Zucker. Ebenso betrachten wir die Temperatur der Sonne. Bis vor kurzem betrachteten wir die Kaufkraft des Dollars in gleicher Weise. Aber quantitative Veränderungen über bestimmte Grenzen hinaus verändern sich in qualitative. Ein Pfund Zucker, das dem Einfluß von Wasser oder Kerosin¹ ausgesetzt ist, hört auf, ein Pfund Zucker zu sein. Ein Dollar in der Hand eines Präsidenten hört auf, ein Dollar zu sein. Im richtigen Augenblick den kritischen Punkt zu bestimmen, wo Quantität in Qualität umschlägt, ist eine der wichtigsten und schwierigsten Auf-

gaben in allen Bereichen des Wissens, die Soziologie eingeschlossen. Jeder Arbeiter weiß, daß es unmöglich ist, zwei völlig gleiche Gegenstände herzustellen. Beim Einsetzen von Kugeln in ein Kugellager ist eine bestimmte Abweichung für die Kugeln erlaubt, die jedoch nicht

über bestimmte Grenzen hinausgehen sollte (das nennt man Toleranz). Wenn man die Normen der Toleranzen befolgt, werden die Kugeln als gleich betrachtet (A=A). Wenn die Toleranz überschritten wird, geht die Quantität in Qualität über, mit anderen Worten, die Kugellager werden minderwertig oder völlig wertlos.

Gesetz der Bewegung

Das übliche Denken arbeitet mit solchen Vorstellungen wie Kapitalismus, Moral, Freiheit, Arbeiterstaat usw. als festgelegten Abstraktionen, wobei es voraussetzt, daß Kapitalismus gleich Kapitalismus, Moral gleich Moral ist usw. Das dialektische Denken untersucht alle Dinge und Erscheinungen in ihrer unablässigen Veränderung, wobei es in den materiellen Voraussetzungen dieser Veränderungen jene kritische Grenze bestimmt, jenseits derer „A“ aufhört, „A“ zu sein, ein Arbeiterstaat aufhört, ein Arbeiterstaat zu sein.

Der grundlegende Fehler des üblichen Denkens liegt darin, daß es sich mit bewegungslosen Eindrücken der Wirklichkeit zufriedentut, die aus ewiger Bewegung besteht. Durch weitere Annäherungen, Berichtigungen, Konkretisierungen gibt das dialektische Denken Vorstellungen einen reicheren Inhalt und größere Anpassungsfähigkeit; ich würde sogar sagen, eine Sättigkeit, die sie ge-

wissermaßen den lebenden Erscheinungen nahe bringt. Nicht Kapitalismus im allgemeinen, sondern ein bestimmter Kapitalismus auf einer bestimmten Entwicklungsstufe. Nicht Arbeiterstaat im allgemeinen, sondern ein bestimmter Arbeiterstaat in einem rückständigen Land, eingekreist von Imperialisten, usw.

Dialektisches Denken steht zum üblichen Denken im gleichen Verhältnis wie der Film zur bewegungslosen Fotografie. Der Film macht nicht die bewegungslose Fotografie wertlos, sondern verbindet eine Reihe von ihnen gemäß den Gesetzen der Bewegung. Dialektik verneint nicht den Syllogismus, sondern lehrt uns, Syllogismen derartig zu verbinden, daß wir unser Verstehen der ewig sich verändernden Wirklichkeit näher bringen. Hegel stellte in seiner Logik eine Reihe von Gesetzen auf: Umschlagen von Quantität in Qualität, Entwicklung durch Widersprüche, Widerstreit von Inhalt und Form, Unterbrechung der Kontinuität, Umschlagen von Möglichkeit in Unvermeidlichkeit usw., die ebenso wichtig für das theoretische Denken sind wie einfache Syllogismen für einfache Aufgaben.

Hegel schrieb vor Darwin und vor Marx. Dank des machtvollen Anstoßes, den die Französische Revolution dem Denken gab, nahm Hegel die allgemeine Entwicklung der Wissenschaft vorweg. Aber weil es nur eine *Vorwegnahme* war, wenn auch die eines Genies, erhielt sie von Hegel einen idealistischen Charakter. Hegel arbeitete mit ideologischen Schatten als der endgültigen Wirklichkeit. Marx zeigte, daß die Bewegung dieser ideologischen Schatten nichts weiter als die Bewegung der materiellen Körper widerspiegelt.

Materialismus

Wir nennen unsere Dialektik materialistisch, weil ihre Wurzeln weder im Himmel noch in den Tiefen unseres „freien Willens“ liegen, sondern in der objektiven Wirklichkeit, in der Natur. Bewußtsein entsteht aus dem Unbewußten, Psychologie aus der Physiologie², die organische Welt aus der anorganischen, das Sonnensystem aus Nebeln. Auf allen Sprossen dieser Leiter der Entwicklung werden quantitative Veränderungen in qualitative umgewandelt. Unser Denken, einschließlich des dialektischen Denkens, ist nur eine Ausdruckstform der sich ändernden Materie. Innerhalb dieses Systems ist weder Platz für Gott, noch für den Teufel, noch für die unsterbliche Seele, noch für ewige Normen der Gesetze und der Moral. Die Dialektik des Denkens, die aus der Dialektik der Natur erwachsen ist, ist folglich durch und durch materialistisch.

Der Darwinismus, der die Entwicklung der Arten durch quantitative Veränderungen, die in qualitative übergehen, erklärt, war der größte Sieg der Dialektik auf dem ganzen Gebiet der organischen Materie. Ein anderer großer Sieg war die Entdeckung des Periodischen Systems der chemischen Elemente und ferner die Umwandlung eines Elements in ein anderes. Mit diesen Verwandlungen (Arten, Elementen usw.) ist die Frage der Klassifikation eng verbunden,

gleichemmaßen bedeutend in den Naturwissenschaften. Linnés System (18. Jahrhundert), das als Ausgangspunkt die Unveränderlichkeit der Arten nimmt, war auf die Beschreibung und Klassifizierung der Pflanzen nach ihren äußeren Merkmalen beschränkt. Die Kindheit der Botanik, die sich ja die Formen unseres Denkens wie alles Lebende entwickeln. Nur die entchiedene Zurückweisung der Idee der unveränderlichen Arten, nur die Untersuchung der Entwicklungsgeschichte der Pflanzen und ihrer Anatomie bereiteten die Grundlage für eine wirklich wissenschaftliche Klassifizierung.

Wissenschaft

Marx, der im Gegensatz zu Darwin ein bewußter Dialektiker war, entdeckte die Grundlage für die wissenschaftliche Klassifizierung der menschlichen Gesellschaften in der Entwicklung ihrer Produktivkräfte und der Struktur der Eigentumsverhältnisse, die das Gerippe der Gesellschaft bilden. Der Marxismus ersetzt die übliche beschreibende Klassifizierung der Gesellschaften und Staaten, die sogar bis jetzt noch in den Universitäten blüht, durch eine materialistische dialektische Klassifizierung. Nur durch den Gebrauch der Marxschen Methode kann man beides richtig bestimmen, den Begriff des Arbeiterstaates und den Augenblick seines Unterganges. All dies enthält, wie wir sehen, nichts „Metaphysisches“ oder „Scholastisches“, wie die eitle Unwissenheit behauptet. Die dialektische Logik drückt die Bewegungsprozesse im zeitgenössischen wissenschaftlichen Denken aus. Der Kampf gegen die materialistische Dialektik drückt dagegen eine entfernte Vergangenheit aus, den Konservatismus des Kleinbürgertums, den Eigendunkel der Universitätsroutiniers und .. einen Funken Hoffnung auf ein zukünftiges Leben.

Anmerkungen

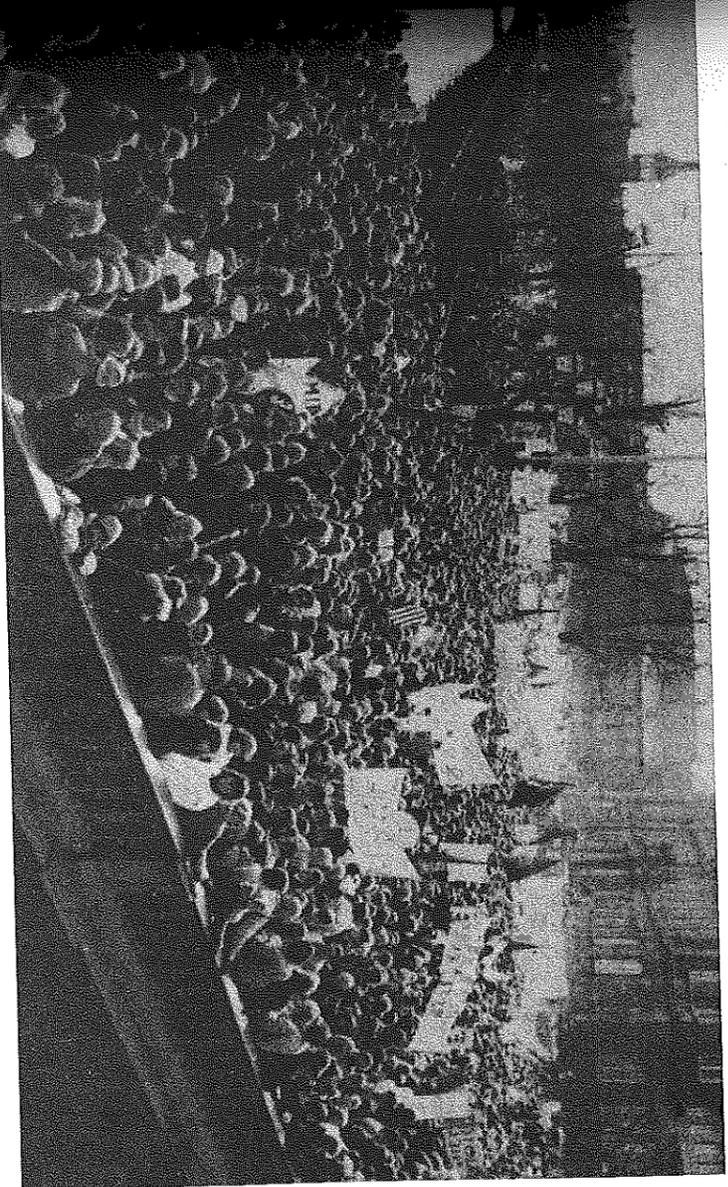
¹Syllogismus — hier Gleichsatz
²Axiom — Als absolut richtig anerkannter Grundsatz; gültige Wahrheit, die keines Beweises bedarf
³Sophist — hier: Wortverdreher
⁴Kerosin — Flugzeugtreibstoff
Physiologie — Wissenschaft von den Grundlagen des allgemeinen Lebensgeschehens und der Funktion des menschlichen Organismus

Hegel, G.W.F.: deutscher Philosoph, 1770-1831
Darwin, Charles: englischer Naturforscher, 1809-1882. Er entwickelte die Theorie von der Entstehung und Veränderung der biologischen Arten durch geänderte Lebens- und Umweltverhältnisse.
Linné, Carl: 1707-1778, schwedischer Naturforscher, Biologe und Mediziner 1770-1831

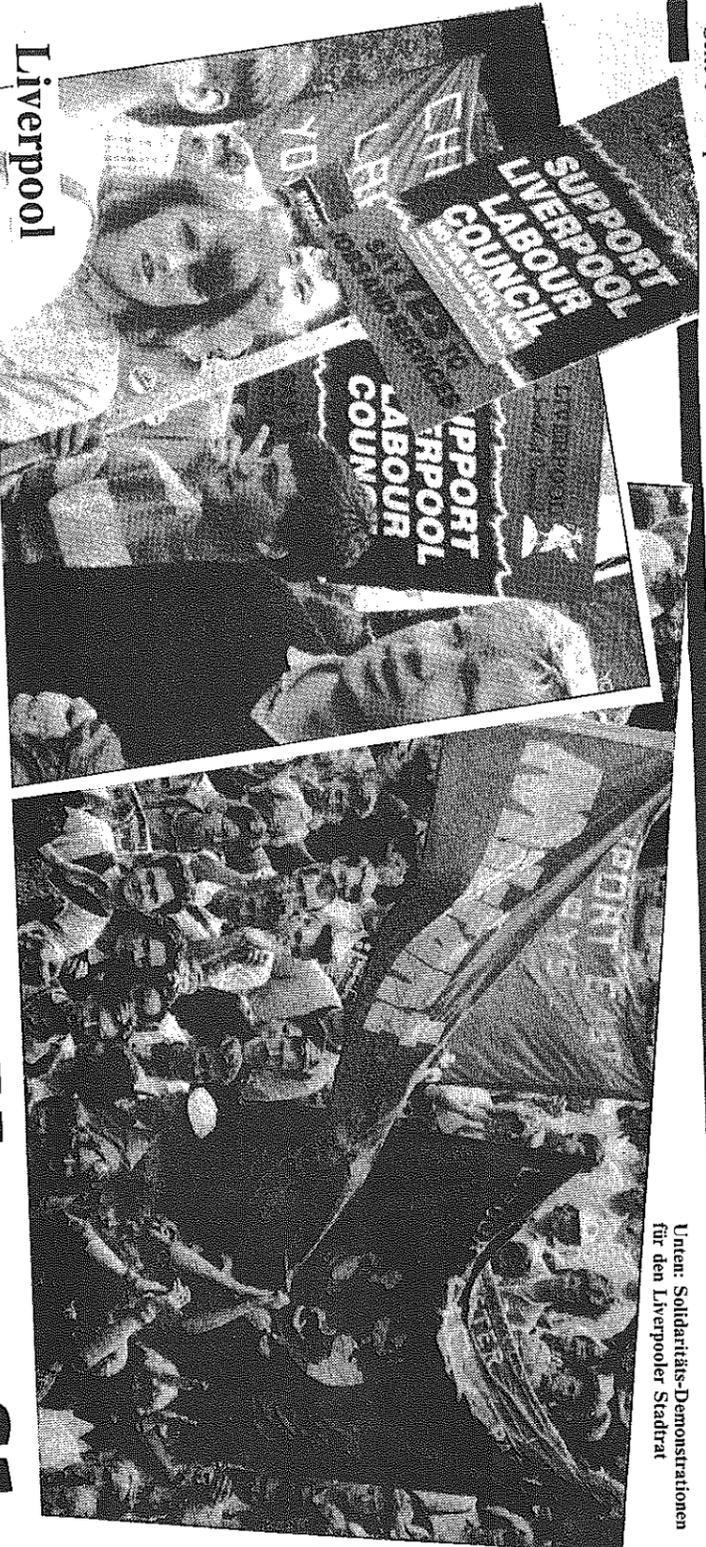
Leseliste

L. Trotzki, Verratene Revolution
Engels, Anti-Dühring
Marx, Thesen zu Feuerbach

Zu bestellen bei:
Redaktion VORAN
Hansaring 4
5 Köln 1



Die hier Methode waren sie theoretisch und praktisch vorbereitet.



Unten: Solidaritäts-Demonstrationen für den Liverpooler Stadtrat

Liverpool

Stadtrat bekämpft Thatcher

Liverpool ist eine ganz normale Großstadt mit den üblichen Problemen: Hohe Arbeitslosigkeit (42% der Jugendlichen sind ohne Arbeit), veraltete Infrastruktur, Wohnungsnot und steigende Armut.

In den meisten Großstädten werden die Wähler erst aktiv, wenn ein unbefriedigter Stadtrat abgewählt werden soll: In Liverpool ist es umgekehrt: Die Thatcher-Regierung will gegen den Stadtrat vorgehen, weil dieser angeblich Steuergelder verschwendet und sich nicht dem Sparzwang der Konservativen beugt. Der Haushalt Liverpools soll durch Beschluß Thatchers gekürzt werden.

Als 1983 die Labour Party unter Führung von Marxisten die Mehrheit in Liverpool erkämpfte, stand im Wahlprogramm:

- Keine Entlassungen im städtischen Bereich, denn in den ersten drei Jahren der Thatcher-Regierung gingen dort schon 34.000 Arbeitsplätze verloren.
- Bau von 6.000 neuen Wohnungen in den nächsten fünf Jahren.
- 12 neue Gesamtschulen.
- Verbesserungen im städtischen Dienstleistungsbereich.
- Miessenkungen in städtischen Wohnungen und Häusern.
- Keine Erhöhung der Kommunalsteuer.
- Alle Entscheidungen des Stadtrats werden sich an das Wahlprogramm halten und in Absprache mit der Labour Party und den betroffenen Gewerkschaften gefaßt.

Dieses Programm war für konservativen Regierung natürlich ein Dorn im Auge. Es kam noch schlimmer: Um die Wahlversprechungen zu verwirklichen, beschloß der Labour-Stadtrat einen nicht gedeckten, formalrechtlich gesehen „illegalen“ Haushalt: Während des großen Hungerstreiks wollte Thatcher nicht noch eine zweite Front gegen Liverpool errichten, doch jetzt sucht sie die Auseinandersetzung: Bereits im März 1984 kam es in der Stadt zu einer der größten

streikbewegungen Großbritanniens. 40-50.000 Einwohner gingen auf die Straße, um ihren Stadtrat zu unterstützen. Im November folgte eine weitere Demonstration mit 25.000 Teilnehmern. Mehrmals bereits tagten Versammlungen mit mehreren tausend Vertrauensleuten aus Liverpool, um den Abwehrkampf zu diskutieren. Jetzt wird eine breitangelegte Kampagne organisiert, um zu verhindern, daß bei einer möglichen Auflösung oder Absetzung des Liverpooler Stadtrats die Stadt in die Hande eines Staatskommissars gerät. Da die 49 Labour-Stadträte persönlich für den Haushalt haften, könnten sie im Gefängnis landen.

Welches Gesetz haben diese Abgeordneten gebrochen? Nachdem im letzten Jahr die Regierung Zugschuldnisse machte — in Höhe von 20 Millionen Pfund — war keine Erhöhung der Kommunalsteuern nötig. Am 14. Juni dieses Jahres erhöhte der Stadtrat die Steuern um 9%, um so 269 Millionen Pfund in den Haushalt zu bekommen. Dennoch ist der Etat nicht ausgeglichen. Der Stadtrat sagt: Den Rest soll die Thatcher-Regierung zahlen. Sie hat durch ihre Sparpolitik das ganze fehlende Geld in den letzten Jahren in Liverpool gestohlen. Um insgesamt ca. 30 Millionen Pfund (etwa 120 Millionen Mark) ärmer ist die Stadt durch die Ausplünderung der Kapitalisten und ihrer Regierung geworden.

In ihrem Kampf hat die Labour Party die Einheit der Arbeiterbewegung vertrieben. Die arbeitenden Massen unterstützen ihren Stadtrat, um die Forderungen nach Arbeit, gesicherten Lebensverhältnissen und einem Dach über dem Kopf durchzusetzen.

Das Liverpooler Beispiel sollte eigentlich ein Anstoß für die SPD-geführten Länder und Kommunen in Deutschland sein, um einen konsistenten Kampf gegen die Kohl-Regierung zu führen und die Interessen der Arbeiterklasse, der Frauen und der Jugend zu verteidigen. In diesen Bereichen sollte die Durchführung der Sparpolitik verweigert werden. Statt dessen: Rücknahme der Kürzungen, Arbeitsbeschaffungsprogramm, in NRW und im Saarland Brechung des Krisendiktats der Kapitalisten durch Sozialisierung der Stahlindustrie usw., Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung zum baldstmöglichen Sturz der CDU-Bundesregierung.

Diskutiert in euren SPD-Ortsvereinen, Juso-AGs, Gewerkschaftsitzungen über das Liverpooler Beispiel! Schickt Solidaritätsadressen, damit eine mögliche Auflösung des Stadtrats durch eine breite internationale Protestwelle verhindert wird!

Liverpool City Council
Liverpool, Merseyside
Great Britain
Sue Powell, Hamburg
Jungsozialistin

beiterklasse — deren erste Andeutungen wir im Generalsstreik vom 2. Juli sahen — eröffnet in diesem Krisengebiet neue Horizonte für die Revolution und den Sozialismus. Nach der Niederlage der palästinensischen Befreiungsorganisation und den Mißerfolgen der Befreiungskämpfe der Araber haben die palästinensischen Massen (650.000 selbst in Israel) jetzt noch klarer denn je ihren Klassenpartner vor sich — die mächtige Arbeiterklasse Israels, die sich gegen den gemeinsamen Gegner, die bürgerliche Klasse Israels und ihre imperialistischen Schirmherren, erhebt.

Die Ereignisse in Israel zeigen die unbegrenzten Möglichkeiten für den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse, entfernt von nationalen Streitigkeiten, die nur die eigenen Problemen verschleiern und jedesmal die bürgerliche Klasse und ihre imperialistischen Meister vor dem Zorn der Arbeiterklasse retten. Die Probleme, die in all den Jahren durch die „heiligen“ Volkskriege und den Guerilla-Kampf nicht gelöst wurden, werden um so einfacher durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiter gegen ihren gemeinsamen Gegner gelöst.

Das gemeinsame Schicksal sowohl der Israelis als auch der Araber, das ihnen durch die kapitalistische Krise aufzuerzogen wird, verspricht sie zu vereinigen zu einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens, die einzige Antwort auf die wirtschaftliche Krise und den Krieg.

gekürzte Übersetzung aus
Sozialistiski Ekspres!
marxistische Zeitung aus Zypern

Internationale

Notizen

Jugoslawien

Als Reaktion auf die Verschlechterung der allgemeinen Lebensumstände (Inflationsrate 80%, Teuerungen bei allen lebenswichtigen Gütern) hat sich in verschiedenen Teilen Jugoslawiens eine Streikbewegung entwickelt. Das genaue Ausmaß ist nicht feststellbar, da sowohl die jugoslawischen als auch die bürgerlichen Medien so gut wie nichts darüber berichten.

Südafrika

Die südafrikanische Bergarbeitergewerkschaft ist kampfbereit. Bei der gespannten Situation im Lande ist es gerade jetzt sehr wichtig, sie in ihren Aktionen zu unterstützen. Bitte schickt Resolutionen und Geldspenden an:

National Union of Mineworkers
PO Box 10928
Johannesburg 2000
Südafrika

NUM-Bankkonto:
Barclays Bank
Bree Street East
Johannesburg
Konto-Nr.: 800 1659294

Schickt bitte Durchschläge eurer Resolutionen an:

Unions
of South African Trade
30 World Centre
48 Railway Street
Germiston 1401
Südafrika



Generalsstreik in Israel am 2. Juli

Brennende Straßen, Barrikaden, Zusammenstöße mit der Polizei und 1,5 Millionen Arbeiter im Generalsstreik sorgen dafür, daß alle Wirtschaftsbereiche lahmgelegt wurden. Das war die Antwort der Arbeiterklasse Israels auf die außerordentlich drastischen Maßnahmen des „arbeitsfreundlichen“ Premierministers Simon Peres, die rückwärts den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung angrieffen.

Die Regierung der „Nationalen Einheit“ versucht, die ungeheure Last der wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen. Auf folgende Maßnahmen von Peres wären sicherlich auch Reagan und Thatcher neidisch: 10.000 Entlassungen

Israel

Arbeiterklasse radikalisiert

im öffentlichen Dienst; Kürzungen der öffentlichen Ausgaben um 1,1 Milliarden Dollar im Jahr; Abschaffung der gleitenden Lohnskala, 3% Lohnkürzungen; 18,8% Abwertung der Landeswährung Sekel; 70-100% Preisrückhöhungen bei den lebensnotwendigen Gütern.

Die Durchführung dieser Maßnahmen wird, laut den Berechnungen des Kongresses der Gewerkschaft Histadrut, den Lebensstandard der Arbeiter um 1/3 reduzieren. Keine der vorausgesehenen rechten Regierungen Israels hätte es je gewagt, den Arbeitern ein solches Programm aufzuzwingen. Dazu brauchte man eben eine Regierung der „Nationalen Einheit“ und eines „arbeiterfreundlichen“ Peres, die sich nicht scheuten, der Arbeiterklasse harte Schläge zu versetzen — stärkste und best-organisierte (90% sind im Histadrut organisiert) im Nahen Osten ist.

Ein derartiges Vorgehen war aber für die Kapitalisten und ihre Kreditgeber notwendig, da die Inflationsrate in den letzten 7 Monaten 380% betrug — mit steigender Tendenz — und das Land die höchsten Pro-Kopf-Schulden der Welt hatte.

Die Lage im Libanon und die wirtschaftliche Krise haben die Gesellschaft Israels grundlegend verändert. Es genügt zu erwähnen, daß 3.000 Soldaten, die der Organisation Yesh Gvul angehören, sich gewaltig haben, ihren Dienst im Libanon oder in den besetzten Palästinaergebieten zu leisten. Diese Organisation, obwohl illegal, erhält weiterhin Ihre Büros aufrecht und veranstaltet Festivals. Ein ehemaliger General namens Dow Yerna desertierte aus dem Libanon und gründete ein antirassistisches Komitee. Schließlich zeigen die Erfolge der Bewegung „Frieden jetzt“, daß die Menschen sich von Krieg und Nationalismus abgewenden haben.

Die jüngsten Angriffe auf das Volk werden das Klassenbewußtsein der Arbeiter und der Jugend noch mehr erweitern. Die linken Tendenzen innerhalb der Arbeiterpartei, die schon jetzt sehr bedeutend sind, werden sich noch mehr verstärken. Allerdings muß die Führung der Histadrut — die mit der Partei verbunden ist — nun geeignete Maßnahmen klare Positionen gegen die Peres-Politik einnehmen, oder sie wird sich dem Zorn der Basis gegenüberschlagen. Die Radikalisierung der Ar-

Ausbildungsvergütung für Krankenpflegeschüler

Stopp Kürzungen

„Kostendämpfung im Gesundheitswesen“ — so nennen Bund, Länder und Gemeinden ihren neuen Angriff auf die Beschäftigten in den Krankenhäusern.

Betroffen sind diesmal die Krankenpflegeschüler. Es wurde ein neues Krankenpflegegesetz verabschiedet und damit die bestehenden Tarifverträge über die Auszubildenden in der Krankenkategorie und Geburtshilfe für ungültig erklärt. Mit diesem Angriff auf die Tarifautonomie wollen die Krankenhausträger (Städte, Landkreise, Universitäten und Bundesländer) die Auszubildenden für Lernschwestern und -pfleger zwischen 32% und 37,5% kürzen. Laut Tarifvertrag geplant:

1. Lehriahr von DM 880 auf DM 591
2. I. Lehriahr von DM 985 auf DM 658
3. Lehriahr von DM 1.158 auf DM 724

Außerdem wurden Richtlinien ausgesetzt, nach denen die Probezeit von 3 auf 6 Monate erhöht wird und die Auszubildenden gezwungen werden, in den Heimen des Krankenhauses zu wohnen und zu essen.

Zu recht wehren sich die Krankenpflegeschüler gegen diese geplante Verschlechterung ihrer Ausbildungsbedingungen. Bereits die jetzigen Auszubildungsvergütungen sind viel zu niedrig, besonders wenn

man bedenkt, daß für die Auszubildenden in den letzten Jahren die Arbeitsbelastung und der psychische Druck durch den Abbau von Planstellen enorm erhöht wurde. Die Pflegeschüler sind der Doppelbelastung von Schule und vollem Einsatz auf Station ausgesetzt. Sie müssen Wochenend- und Feiertagsdienste, Nachtwache und Überstunden leisten. Nicht selten kommt es vor, daß wegen Personalmangel an ausgebildeten Kräften ganze Schichten nur von Schülern bewältigt werden müssen.

Der geplante Generalangriff auf die Auszubildungsvergütungen und Bedingungen der Pflegeschüler ist die konsequente Fortsetzung einer seit Jahren geführten Politik, die Wirtschaftskrise und die daraus folgende Krise der Krankerversicherung auf die Beschäftigten im Gesundheitswesen und die Patienten abzuwälzen. Während die Pharmaindustrie, die freien Ärzte und Chirurgen über die Krankenkassen wie über einen Selbstbedienungsladen verfügen, so riesige Profite und Einkommen einstreichen und über ihre Lobby beziehungsweise mit Bestechungsgeldern Gesetze nach ihren Interessen erzwingen, wird von den lohnabhängigen Beschäftigten im Gesundheitswesen Opferbereitschaft und Solidarität gefordert. Diese Art von Solidarität kann nicht akzeptiert werden!

NSSP-Führer besuchte Jusos



Im August besuchte der in Sri Lanka bekannte und populäre Arbeiterführer Vasudeva Nanayakkara die Bundesrepublik. Vasudeva ist Organisationssekretär der NSSP (Neue sozialistische Partei) und Vorsitzender der sozialistischen Gewerkschaftsbundes UFL. Er sprach auf Veranstaltungen (u.a. in Hamburg, Bremerhaven, Köln, Aachen, Stuttgart), die von Jusos oder VORAN-Lesern organisiert wurden, mit tamilischen Flüchtlingen aus Sri Lanka sowie deutschen Arbeitern und Jugendlichen. Besonders groß war das Echo unter den tamilischen Besuchern: die NSSP tritt für das Recht auf Selbstbestimmung der (in Sri Lanka verfolgten) tamilischen Minderheit ein. Vasu erklärte aber auch, daß die NSSP sich für Arbeitereinheit der tamilischen und singhalesischen Arbeiter einsetzt, damit der gemeinsame Kampf für eine sozialistische Zukunft möglich wird. Er machte deutlich, daß diese Perspektive mit dem Kampf gegen das internationale Finanzkapital verbunden ist und dadurch von der Unterstützung der Arbeiterbewegung in den westlichen Ländern abhängt. Er selbst wurde mehrfach inhaftiert und kam durch eine nationale wie internationale Solidaritätskampagne auf freien Fuß.

Garbe-Lahmeyer in Aachen

Kampf gegen Entlassungen

In VORAN Nr. 77 berichteten wir, wie die EG-Kohle-Pläne die schon jetzt düstere Situation (13% Arbeitslosigkeit) im Aachener Revier weiter verschlimmern würde. Solche Pläne sind keine Ausnahmen. Die Kapitalisten gehen auch in anderen Bereichen rücksichtslos gegen die Arbeiter vor.

So wurden kürzlich bei der Druckerei Metz 30 der ehemals 90 Beschäftigten entlassen; bei Talbot befohlen der Betriebsrat, daß die Unternehmensleitung Entlassungen im Waggonbau vornehmen wird, weil die Bundesbahn Kürzungen der Aufträge geplant hat; bei Garbe-Lahmeyer werden ca. 80 Arbeiter auf die Straße geworfen. „Nur der Sozialismus kann der arbeitenden Bevölkerung eine gesicherte Existenz bieten!“, sagt der Betriebsratvorsitzende von Garbe-Lahmeyer,



Belegschaft bei Protestaktion

Ludwig Jost. Warum er davon überzeugt ist, erklärte er in einem Gespräch mit Georg Kimmel und Stavros Petrisoglou.

„Obwohl Garbe-Lahmeyer in den vergangenen Jahren und heute ein Unternehmen mit Weltruf im Bereich der Fertigung von Elektromaschinen ist, wurde die Belegschaft immer weiter verringert. Die Entwicklung gerade in diesem Betrieb ist ein typisches Beispiel für den Konzentrationsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft. Garbe-Lahmeyer wurde vom französischen Konzernriesen Alstrom aufgekauft und an den jetzigen Konzern Bergstrom nicht mehr lukrativ genug erschien.“

Kein Wunder, daß im Zeichen des immer härter werdenden Konkurrenzkampfes der Betrieb geopfert

Deshalb müssen sich alle Gewerkschaften mit den Forderungen der Pflegeschüler und der OTIV solidarisieren. Die SPD-regierten Länder und Städte dürfen sich nicht an den Kürzungsplänen beteiligen, sondern müssen stattdessen für folgende Forderungen mobilisieren:

- Einen Existenzlohn von DM 1.000,- netto
- für alle Auszubildenden in den Krankenhäusern und einen garantierten Mindestlohn von 1.500 nach der Ausbildung.
- Verbesserte Ausbildungsbedingungen entsprechend den Forderungen der OTIV.
- Keinen Planstellenaabbau, stattdessen Einstellung aller ausgebildeten Krankenschwestern und Pfleger, Mediziner und aller anderen ausgebildeten Kräfte im Gesundheitsbereich. Aufteilung der vorhandenen Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung.
- Verstaatlichung der Pharmaindustrie und der Industrie für medizinische Einrichtungen unter Kontrolle der Beschäftigten im Gesundheitswesen, der Gewerkschaften und des Staates.
- Mehr Geld für medizinische Forschung (bessere Medikamente und Heilmethoden) und bessere Ausstattung der Krankenhäuser.

Moni Stark, Stuttgart
Jungsozialistin

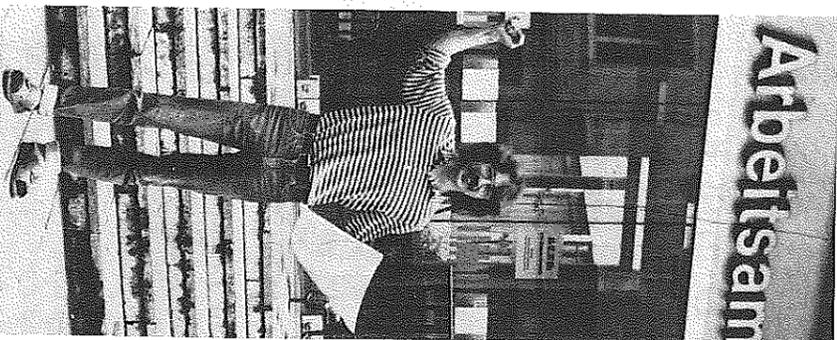
Werde VORAN-Verkäufer

„Diese Regierung muß weg, so schnell wie möglich“, meint Eugen, der Kitz-Schlösser gelernt hat und schon über 18 Monate arbeitslos ist. Bei den VORAN-Verkäufen vorm Aachener Arbeitsamt kann er seine Enttäuschung und seine Wut ablassen. „Die SPD muß dafür sorgen, daß die Arbeit wieder auf alle verteilt wird.“ Die VORAN-Verkäufer erklären Eugen, daß er mit seinen berechtigten Forderungen nicht allein steht. Gerade für Arbeitslose ist es wichtig, in SPD und Gewerkschaften aktiv zu sein. Nur zusammen mit den Kollegen, die noch Arbeit haben, können sie weitere Angriffe der Regierung und des Kapitals auf den Lebensstandard aller Arbeiter abwehren.

Um einen wirklich durchgreifenden Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen, muß die SPD mit einem sozialistischen Programm antreten, wie es in VORAN regelmäßig erklärt wird. Die Unternehmer verschonen nichts. Nur der solidarische Kampf von arbeitenden und arbeitslosen Kollegen für weitgehende Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich führt zum Erfolg. Deshalb brauchen wir starke, kampfbereite Gewerkschaften und eine entschlossene Politik der SPD.

Am nächsten Tag streht Eugen zusammen mit den anderen vor dem Arbeitsamt und verkauft VORAN.

Verkaufsbericht von Arnd Kranefeld, Juso aus Aachen



Warum ich VORAN lese

Werner Schmitt, saarländischen Jungsozialisten

„Endlich eine Zeitung in der SPD, die sich mit Problemen der Arbeitelernen auseinandersetzt. Die nicht an Symptomen herumdoktort, sondern das Uebel an der Wurzel packt: den Kapitalismus selbst!“



Am Samstag, den 06.7.1985 fand in Bremerhaven der „Bremerhaferntag“ der SPD statt. Am Infofest der Jusos wurde marxistische Literatur und VORAN verkauft.



Daß Kohl endlich mit seiner Mißwirtschaftsregierung weg muß, war einhellige Meinung aller Besucher. Daß die SPD dann aber möglichst die absolute Mehrheit erreichen sollte stieß eher auf Widerspruch — schließlich hat die SPD sowohl in der Stadt Bremerhaven als auch im Land Bremen die absolute Mehrheit und führt trotzdem Kürzungen, Schluß-, Kindergarten- und Büchereischließungen durch. Doch dann berichteten wir, was z.B. die Liverpooler Labour Party machte — sie hatte einen unausgeglichenen Haushalt vorgelegt, um Entlassungen und Sozialabbau zu verhindern. Dies wäre auch in Bremen und Bremerhaven möglich — wenn, ja wenn, die SPD ein wirklich sozialistisches und kämpferisches Programm hätte und es auch durchführen würde. Daß wir uns in der SPD gerade für die Wiederbelebung dieser alten sozialdemokratischen Traditionen einsetzen, schaffte uns sehr große Sympathie. Bald waren alle Zeitungen verkauft. So konnte jeder sehen: es geht VORAN!

Verkaufsbericht von Wolfgang Schulte, Juso aus Bremerhaven:

Ich möchte VORAN weiterverkaufen

und bestelle
Exemplare in Kommission
Rezahlung erfolgt nach Verkauf



Name _____
Adresse _____

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

VORAN

SPD muß Kampagne organisieren

Für sofortige Neuwahlen!

Die Erfahrungen der vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt: Die große Mehrheit will Schluß machen mit der Kohl-Regierung. Die letzten Landtagswahlen im Saarland und in Nordrheinwestfalen brachten die SPD in die absolute Mehrheit. Die Hauptpartei des Kapitals, die CDU, erlitt verheerende Niederlagen. Alle Meinungsfragen belegen Kohl und seine Regierung haben keine Mehrheit im Lande. Der Wähler zieht sein Mandat vom März 1983 zurück.

Die Mehrheit sagt: Die Partei der arbeitenden Bevölkerung, die SPD, muß wieder an die Macht! Zwar sind viele SPD-Mitglieder enttäuscht gewesen, als die SPD-geführte Bundesregierung unter dem Druck der kapitalistischen Krise mit der Sparpolitik begonnen hat. Viele Wähler fragten sich, wo der Unterschied

zwischen der Politik der CDU/CSU und der Krisenverwaltungspolitik des „Machers“ Helmut Schmidt liegt.

Als der rechte Flügel der SPD in dem Versuch scheiterte, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu spielen, sagten gerade viele aktive Gewerkschaftsmitglieder: Die SPD muß der Totengräber dieser kapitalistischen Gesellschaft sein statt zu versuchen, die Marktwirtschaft besser zu managen als die Unternehmer selbst.

Es zeigte sich, daß eine Politik, die sich auf Reformen innerhalb dieser Wirtschaftsordnung beschränkt, in der Krise zu einer „Reform“-Politik ohne Reformen, ja sogar des Reformabbaus wird. Nur mit einem klaren sozialistischen Programm können dauerhaft alle erkrankten Reformen und sozialen Errungenschaften abgesichert und der Widerstand des Kapitals gebrochen werden.

Das ist die wichtigste Erfahrung für SPD-Mitglieder und Anhänger, die auch im nächsten Wahlprogramm ihren Niederschlag finden muß. Die Probleme drängen! Über 2,5 Millionen Arbeitslose (laut DGB-Berechnung sogar mindestens 3,5 Millionen), davon über 500.000 arbeitslose Jugendliche, können

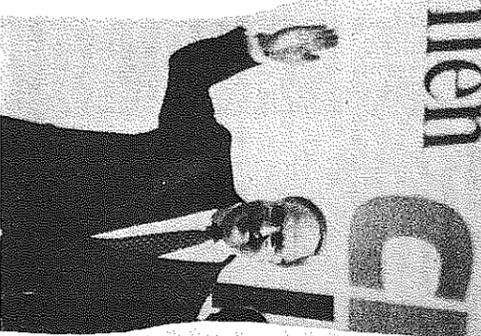
nicht länger warten! Sie brauchen und wollen Arbeit! Und zwar jetzt! Sie brauchen eine SPD-Alleinregierung auf Bundesebene, die durch ein sozialistisches Programm ihre Forderungen erfüllt.

DGB-Kundgebungen

Der DGB ruft in der Zeit vom 14. bis zum 19. Oktober zu einer bundesweiten Aktionswoche auf, um gegen die arbeitnehmerfeindliche Politik der Kohl-Regierung zu protestieren. Von Montag bis Freitag sollen betriebliche Aktivitäten stattfinden und die Möglichkeiten zur Information der Öffentlichkeit genutzt werden. Am Samstag sind regionale Massenkundgebungen geplant. Unglücklicherweise meint die DGB-Spitze, die Aktionswoche im Oktober mit der erneuten Aufnahme von Spitzengesprächen mit Vertretern der Kohl-Regierung und Arbeitgeberverbänden kombinieren zu müssen. Der DGB sollte keine erneute „konzertierte Aktion“ beginnen, sondern sich auf die Kraft der fast 8 Millionen Gewerkschafter verlassen!

Die SPD muß gemeinsam mit dem DGB die arbeitende Bevölkerung, die Frauen und die Jugend

Jetzt dem Aufschwung wählen



Der von Kohl versprochene Aufschwung blieb für die Arbeiter aus!

Forderungen nach gesicherten Arbeitsplätzen, 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Rücknahme aller Kürzungen im sozialen Netz, Sofortprogramm zur Rettung der Umwelt und Sozialisierung der Stahlindustrie erfüllen könnte.

Wenn die Unternehmer einer solchen sozialistischen Politik Widerstand entgegensetzen, muß die Unternehmermacht gebrochen werden durch die Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Eine solche demokratische Planwirtschaft würde das Ende des kapitalistischen Alptraums bedeuten. Durch jederzeitige Wählbarkeit und Abwählbarkeit sowie Zahlung eines durchschnittlichen Facharbeitergehalts bei allen Funktionen könnte auch eine bürokratische, stalinistische Diktatur wie im Ostblock vermieden werden.

Durch eine Mobilisierung der vollen Kraft der Arbeiterklasse unter Führung von SPD und DGB auf der Grundlage eines sozialistischen Programms können und werden wir die Kohl-Regierung schlagen!
Leo Schiffer
SPD-Mitglied

Gewerkschaften zum Kampfverband machen

In der BRD gibt es 22 Millionen Beschäftigte. Davon etwa 11 Millionen Arbeiter und 11 Millionen Angestellte. Mit 50% Gewerkschaftsmitgliedern sind die Arbeiter zwar besser organisiert als die Angestellten (20%), gegenüber vielen europäischen Ländern haben wir aber einen großen Nachholbedarf, weil dort der Organisationsgrad zwischen 80% und 100% liegt. Folgende Gründe waren hierfür ausschlaggebend:

- Seit Adenauers Zeiten führen die Kapitalisten einen psychologischen Kleinkrieg gegen die Gewerkschaften, vor allem die Kleinunternehmen.

Gerade jetzt ist wieder der Graubenkrieg in vollem Gange. Es vermag kein Tag, an dem nicht versucht wird, die Rechte der Arbeiter abzubauen. (Siehe die Sprüche der CDU: Arbeitslosengeld als Ersatztreikkasse, Geißlers gefeierte Aussprüche)

- Die Gewerkschaftsführung kümmert sich sehr wenig um Kleinbetriebe. Die gewerkschaftliche Arbeit ist dort schwieriger und mühsamer als in Großbetrieben und „bringt“ nicht viele Mitglieder (=Beiträge). Doch das darf nicht der Maßstab sein. Kleinbetriebe dürfen keine „gewerkschaftsfreie Zone“ bleiben.

organisationen Ansätze zur Gründung einer zentralen, branchenübergreifenden Einheitsgewerkschaft. Dies wurde, besonders in der britischen Besatzungszone, schnell im Keim erstickt, und es entstand ein loser Verband von Branchengewerkschaften mit dem DGB als Dachorganisation.

In Ländern wie Dänemark und Schweden gibt es sehr starke Gewerkschaftszentralverbände mit 90%igem Organisationsgrad. Das haben uns die Besatzungsmächte gehindert, ähnliches aufzubauen. Was hindert uns eigentlich heute, diese Ansätze wieder aufzugreifen?

Funktionäre

- Wann endlich werden unsere Funktionäre wach? Wann hören sie endlich auf, die Gewerkschaften als Versorgungsinstitut für alternde Genossen anzusehen? Sie betrachten die Gewerkschaften als unerschöpfliche Geldquelle für Bankrotteure a la Neue Heimat oder Co-op und sonstige Schmarotzer.

Es ist an der Zeit, daß die Führung der Gewerkschaften sich erinnert, daß sie ein Kampf- und Schutzverband für Arbeitnehmerrechte ist und sie nicht dauernd danach

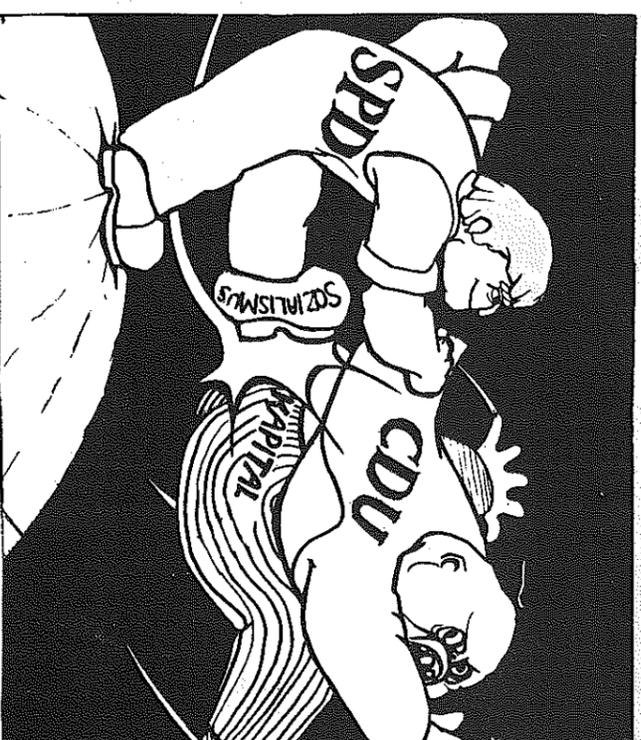
zollen. Natürlich ist einer der Hauptgründe von Ausritten aus der Gewerkschaft die Manipulation der Leitung der Neuen Heimat. Sehr viele Jugendliche, und nicht nur sie, sind äußerst mißtrauisch gegenüber uns Gewerkschaftlern geworden. Aber selbst wir Gewerkschafter führen uns oft von unserer Führung mehr mißbraucht denn gebraucht.

Es ist an der Zeit, wieder einen klaren kämpferischen Standpunkt einzunehmen, der den Lohnabhängigen zeigt, wo der Weg langgeht und von wem sie immer mehr ausgebeutet werden. Daß mit immer weniger Arbeitern immer mehr Leistung vollbracht wird.

Aber wie soll der Lohnabhängige wieder Vertrauen in die Gewerkschaft haben, wenn führende Leute wie Herr Genosse Rappe hingehen und in einer Wirtschaftseinstellung für Unternehmer eine 35-Stunden-Woche mit Lohnminderung für möglich halten? So sind wir ganz schnell bei 0 Stunden mit 0 Lohn angelangt.

Durchschnittlicher Lohn

Aber wie wär's, Herr Genosse Rappe, wenn wir bei Dir anfangen würden, Dein gewiß nicht kleines Monats Einkommen auf einen



als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn bekommen, die Gewerkschaften hätten bei den Lohnabhängigen wieder ungeheures Ansehen!

Dafür müssen wir uns in der Gewerkschaft einsetzen.
Norbert Bookers, Aachen
Gewerkschafter HBV

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9,60 DM auf das Postcheckkonto "VORAN" zur sozialistischen Demokratie. Nr. 2500 59-430. Pechta Essen überweisen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. 79 nach Zahlungsingang.
Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Name: